

NEWSLETTER ZUR BERICHTERSTATTUNG IN
TÜRKISCHEN TAGESZEITUNGEN, 18.09.2012 –
22.09.2012

Die Bilder nutzen den radikalen Gruppierungen Zaman, 21.09.2012, S. 11.

Laut einem Bericht auf der Internetseite der Deutschen Welle zufolge, nutzen die sich gegen Muslime gerichteten Videos und Filme radikalen Gruppierungen im Nahen Osten, die zum Protest dagegen aufrufen. Neben der Hisbollah und der El-Kaida, verwenden auch andere Gruppen diese Bilder und Medien, um ihre Ziel durchzusetzen.

Dem Bericht zufolge ist es vor allem die Hisbollah im Libanon, die den Film für ihre Zwecke missbraucht. Der Artikel beginnt mit den folgenden Worten: „Die Krise nutzt der der Hisbollah. Grüne Fahnenmeere und hasserfüllte Antlitze, Steine werfende Jugendliche, die ein Beleg sein sollen, um die Verteidigung der Ehre des Propheten Mohammed zu beweisen.“

Obwohl die Hisbollah längere Zeit im öffentlichen Raum nicht präsent war, mobilisierte im Libanon in Beirut der Führer der Hisbollah, Hasan Nasrallah, Proteste auf der Straße:

„Die ganze Welt soll Euren Hass aus Euren Gesichtern, Eurer geballten Faust und Eurem Aufschrei erkennen können. Solange noch Blut in unseren Adern fließt, werden wir die Beleidigung unseres Propheten niemals akzeptieren.“

Nasrallah benutzt das Video, um seine eigenen Botschaften kund zu tun. Aufgrund seiner Unterstützung Bashar Al-Assad gegenüber, büßte Nasrallah Sympathien in der islamischen Welt ein.

Lurdes Vidal, vom Europäischen Mittelmeerinstitut in Barcelona erklärt, dass die Hisbollah die Proteste gegen den Film als Gelegenheit für die eigene Politik nutzt:

Neben der Hisbollah nutzen darüber hinaus sowohl die El-Kaida als auch andere radikale Gruppierungen die Proteste für sich. Die El-Kaida hat dazu alle Muslime dazu aufgerufen, US-Botschaften anzugreifen.

Im Bericht wird auch die Zeitung El-Hayat, die sich in London befindet, zitiert. Demnach würden die Proteste auch dazu genutzt, um die Salafisten als den Hauptmotor des

so genannten Arabischen Frühlings zu präsentieren. Unterdessen rief eine Gruppe in Ägypten, die den Salafisten nahesteht dazu auf, nach dem Freitagsgebet vor der französischen Botschaft zu protestieren. In Frankreich wurden Mohammed-Karikaturen in der französischen Zeitung „Charlie Hebdo“ veröffentlicht.

Die Muslimbruderschaft hingegen sprach sich gegen eine Teilnahme an den Protesten vor der französischen Botschaft aus. Seyyid El-Nuzeyli, Mitglied der Muslimbruderschaft erklärt:

„Es darf keine einzige Beleidigung gegen den Propheten Mohammed geduldet werden. Allerdings haben wir uns aufgrund der öffentlichen Sicherheit und um Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern vorzubeugen, gegen eine Teilnahme entschieden.“

Gleichzeitig rief ein ägyptischer Künstler in Kairo zum Protest gegen die Karikaturen in Frankreich als auch gegen den Film „Die Unschuld der Muslime“ auf seine Weise auf:

Er ist Initiator der Unterschriftenkampagne „Die längste Friedensbotschaft der Welt“. Der Künstler und Psychologielehrer Resa El-Kundi erklärt:

„Wir haben diese Kampagne gestartet, um den Westen zu beschämen. Mit den Unterschriften unter die Friedensbotschaft möchten wir die längste Friedensbotschaft der Welt nach außen tragen.“

„Vermisst“-Anzeige auf unbestimmte Zeit verschoben

Zaman, 21.09.2012, S. 4.

Dem Bundesinnenministerium zufolge werden die auf Deutsch, Türkisch und Arabisch gedruckten Anzeigen gegenwärtig nicht in der Öffentlichkeit angebracht werden.

Das BKA sieht zum jetzigen Zeitpunkt ein Gefahrenpotenzial und empfahl aus diesem Grund eine Verschiebung der Plakataktion.

Das Bundesinnenministerium betonte jedoch, dass die Aktion nicht aufgehoben, sondern lediglich verschoben wurde.

Im Zusammenhang mit der Vermisst-Aktion erklärte das Bundesinnenministerium zu einem früheren

Zeitpunkt bereits, dass die Plakataktion ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesinnenministerium und den islamischen Organisationen ist, woraus die „Beratungsstelle Radikalisierung“ gegründet worden ist.

Mittels der Plakataktion sollte auch die Beratungsstelle in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Die Plakataktion selbst richtet sich an Angehörige von Personen, die sich zunehmend radikalieren und sich in radikalen Milieus aufhalten. Die Plakataktion beinhaltet nicht nur Fotos von Menschen mit Migrationswurzeln, was durch das Motiv „Tim“ belegt wird. Die Aktion startete am 27. August im Internet.

Ab dem Monat September sollten in unterschiedlichen Zeitungen weitere Anzeigen folgen. Türkische und muslimische Organisationen hingegen kritisieren scharf, dass die Aktion weit hinter ihr eigenes Ziel falle und lediglich Vorurteile und Ängste unter der Bevölkerung schüre.

Die islamischen Organisationen Ditib, ZMD, der VIKZ und die IGBD erklärten, dass ihre Zustimmung zur Plakataktion nicht eingeholt wurde. Obwohl sie gegen die Aktion protestierten und einen Stopp der selbigen verlangen, bestand der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) weiterhin auf der Kampagne.

Die an der Initiative neben den islamischen Organisationen beteiligte Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) kritisierte die Plakataktion scharf.

Die einzige Migrantenorganisation, welche die Plakataktion unterstützt ist die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF). Der Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und der Bonner Bürgermeister Jürgen Nimptsch (SPD) hingegen bezeichneten die Aktion als widersinnig und verlangten ihren Stopp.

Kampagne wurde verschoben

Sabah, 21.09.2012, S. 15

Das Bundesinnenministerium gab bekannt, dass die Plakataktion „Vermisst“ verschoben wird. Zuvor hatten islamische Organisationen die Aktion scharf kritisiert. In Deutschland wurde von Seiten des Bundesinnenministeriums eine Plakataktion namens „Vermisst“ vorbereitet.

Die Plakataktion soll die Radikalisierung von Jugendlichen verhindern. Laut einer Erklärung des Bundesinnenministeriums, sieht das Bundeskriminalamt eine zum gegenwärtigen Zeitpunkt potenzielle Gefahr, ausgelöst durch die geplante Plakataktion. Das

Bundesinnenministerium erklärte aber, dass die Aktion lediglich verschoben wurde und zu einem anderen Zeitpunkt wie geplant umgesetzt wird.

Kritik an der Kampagne

Türkische und muslimische Organisationen kritisierten, dass die Plakataktion weit von ihrem eigenen Ziel entfernt ist.

Die Aktion ist ein weiterer Grund, der die Ängste in der Bevölkerung anstachelt. Die muslimischen Dachverbände kritisierten, dass durch die Plakataktion „Vermisst“ die Muslime unter einen Generalverdacht gestellt werden. Die Dachverbände sind aufgrund dessen aus der Sicherheitskooperation mit dem Bundesinnenministerium ausgestiegen.

(Siehe dazu die aktuellsten Entwicklungen: <http://www.migazin.de/2012/09/24/bmi-verteilt-vermisst-postkarten-am-nsu-tatort/>, 24.09.2012, Anm. M. K.)

Außenansichten

Kommentar von Mustafa Akyol: „Der Islam und der Westen: Wer ist der Aggressor?“

Sabah, 20.09.2012, S. 10.

Vor zwei Wochen besuchte ich eine von der amerikanischen Liberty Fund veranstaltete Konferenz in England. Die Konferenz, die unter dem Motto „Treffen der Liberalen“ stattfand, befasste sich auch mit dem Thema „Der Islam und der Westen“.

Einer der Referenten stellte die These auf, dass die Freiheiten im Westen durch den radikalen Islam bedroht sind. Die in den West migrierten Muslime würden ihre eigenen Werte oktroyieren wollen.

Der Referent verteidigte diese These dadurch, dass seiner Meinung nach der Terrorismus durch diese Haltung gesteuert wird. Zusammenfassend erklärte er, dass sich der Westen einem Angriff durch den Islam ausgesetzt sieht.

Infolge dessen ergriff ich das Wort und erklärte:

„Ich komme auch aus der islamischen Welt. Dort besteht eine völlig entgegengesetzte Wahrnehmung. Die Muslime denken und empfinden nicht, dass sie sich in einem Angriff gegen den Westen befinden, sondern dass sie selbst den Angriffen aus dem Westen ausgesetzt sind. Die Menschen in den besetzten und bombardierten Ländern und Gebieten, sehen dies als Indizien des westlichen Angriffs gegen den Islam.“

Ich bin davon überzeugt, dass die jetzige „Filmkrise“ aus diesen beiden sich entgegenstehenden Perspektiven interpretiert wird. Wir Muslime denken, dass ein weiterer schamloser Strom aus dem Westen, der den heiligen Propheten beleidigt, hervorschießt.

Der Westen wiederum denkt, dass ein ordinärer Film zum Argument für die Angriffe gegen den Westen instrumentalisiert wird und „sie unsere Diplomaten töten“.

Diejenigen, die diese Ansichten vertreten sind auch der Meinung, dass die Politik Obamas der muslimischen Welt gegenüber keine Wirkung besitzt. Im Gegenteil: Seine Politik wird als Schwäche interpretiert und Islamisten eher ermutigt.

Fanatiker und Gemäßigte

Die eigentliche Perspektive ist allerdings folgende: Es gibt weder einen „massiven“ Westen noch eine einzelne islamische Welt.

In beiden Gesellschaften existieren Radikale, die zum Aktionismus bereits sind. In Amerika sind es die christlichen Rechtsextremen oder fanatischen Zionisten genau so wie in Europa die Religionsfeinde.

Sie befürworten mehrheitlich Angriffe gegen die muslimische Welt und Beleidigungen gegen den Islam. Am meisten profitieren Personen wie beispielsweise Ayaan Hirsi Ali von diesem Umfeld, da sie sich als „ehemalige Muslime“ bezeichnen, die sich davon – vom Islam - „befreit haben“.

In unserer Geographie sind es hingegen Angehörige von Gruppierungen wie die militanten Salafisten in Libyen, die alles, was sie nicht als zum Islam dazugehörig werten, vernichten wollen.

Die Fanatiker aus beiden Welten befruchten sich gegenseitig. Sie gehen sogar noch weiter, indem sie die Gemäßigten aus ihren eigenen Gesellschaften zum Schweigen bringen und sie des Verrats bezichtigen.

Wo befindet sich die Türkei innerhalb dieser Extreme?

Die Türkei ist ein Land, dass zwischen dem Westen und dem Islam durch ihre Brückenfunktion den Extremen Einhalt gebieten kann.

Nicht allein durch den Staat und seine Politik, sondern vielmehr durch die Zivilbevölkerung, den Medien und den Intellektuellen.

Damit sich allerdings dieses Potenzial in seiner vollen Wirkung ausbreiten kann, muss sich unsere

Gesellschaft von ihren zwei sich entgegenstehenden Fesseln lösen.

Die einen behaupten: „Was haben wir schon mit der islamischen Welt zu tun? Wir sind laizistisch und zivilisiert (das sind genau diejenigen, die sich fragen, was das eigene Land in Syrien verloren hat und feindlich gegen die Flüchtlinge aus Syrien gestimmt sind).“

Die anderen behaupten: „Was haben wir schon mit dem Westen zu tun? Wir sind schließlich ein Teil der Umma.“

Die Umma hingegen benötigt dringend Stimmen, die sich sowohl an den Westen als auch an die Muslime richten.“

(Mustafa Akyol ist ein türkische Autor und Journalist. Akyol gilt als konservativer Intellektueller, siehe dazu: <https://twitter.com/AkyolMustafa>, Anm. M. K.)

Prof. Dr. Nilüfer Göle: Die Meinungsfreiheit ist zu einem Paravent der Gewalt geworden

Zaman, S. 1 und S. 16.

Im Interview mit der Zaman erklärt die Soziologin Nilüfer Göle, dass weder die Ermordung des US-amerikanischen Botschafters in Libyen noch der den Propheten Mohammad beleidigende Film den Islam und den Westen vertreten.

Göle betont, dass im Zuge der Globalisierung zwischen dem Westen und den Muslimen sich Schwachpunkte auftun. Gleichzeitig beobachtet sie, dass sich die westliche Meinungsfreiheit zu einem Paravent der Gewalt entwickelt hat:

„Der Westen muss seine Meinungsfreiheit neu definieren und akzeptieren, dass sie kein Teil der hegemonialen Macht ist. Das ist alles andere als einfach, da die Grundbedingungen der Meinungs- und Gedankenfreiheit, wie z. B. die künstlerische Freiheit, die Freiheit der Wissenschaft oder ästhetische Freiheit sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer Erosion befinden (...).“

Muslime haben durch ihre religiösen Praktiken in Europa, so Göle, bestimmte geltende Grenzen, bewusst und unbewusst, überwunden.

Die europäischen Länder wiederum versuchen die Sichtbarkeit dieser Praktiken in der Öffentlichkeit durch verschiedene Gesetze einzuschränken. Das, was im islamischen Diskurs zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Europa stattfindet besitzt Ähnlichkeiten mit den Debatten in der Türkei, die sich um das Kopftuch, den Republikanismus und den Laizismus drehen. Insbesondere die Terminologien ähneln sich sehr.

Allerdings gibt es zum „Islam in Europa“ einen deutlichen Unterschied:

Der Islam in Europa ist im Gegensatz zur Türkei pluralistischer. Hinsichtlich Sprache, Herkunft und religiöser Praxis ist der Islam in der Türkei homogener. Bei der Betrachtung der Türkei erhält man den Eindruck, dass die Muslime gleichartig sind.

Und obwohl in der Türkei aufgrund der Säkularisierung verschiedene Dynamiken und gesellschaftliche Entwicklungen stattfanden, ist der gelebte Islam ein natürlicher Bestandteil der Gesellschaft. In Europa sind Faktoren Teile der öffentlichen kontroversen Debatte, die in der Türkei wiederum undenkbar wären:

Diskussionen wie die um Minarette, die Beschneidungsdebatte aber auch um die Produktion von Lebensmitteln, die halal sind.

Das lässt sich daran erkennen, dass diese Formen religiöser Praktiken mit gesetzlichen Verboten belegt werden. Der Islam in Europa ist kein fester tradierter Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, der sich etabliert hat und von vielen Generationen bereits vorgelebt worden wäre.

Die kulturelle Entwicklung des Islam in Europa zum aktuellen Zeitpunkt ist noch jung und verwurzelt sich jetzt erst fest in der Gesellschaft.

Darüber hinaus ist die Identifikation der jungen Generationen mit einer Nation oder einer Religion deutlich schwächer ausgeprägt als in der älteren Generation.

Die Muslime in Europa sind jedoch multinational und aufgrund ihrer Herkunft pluralistisch. Die muslimische Identität ist ein Identifikationsrahmen, der alle Muslime über die ethnische und nationale Herkunft hinaus in Europa aneinander bindet.

Sie ist quasi eine Metaidentität. Insgesamt ist das religiöse Klima, in denen die Muslime in Europa leben, sehr verschiedenartig. Die relevanten Fragen sind, ob dieselben Moscheen geteilt werden können oder nicht, inwiefern ein und dieselbe Andacht besucht werden kann oder nicht. Während die Muslime in Europa ihre Verschiedenartigkeiten feststellen, leben sie gleichzeitig einen kosmopolitischen Islam.

Der nahöstlich geprägte Islam verliert bei gleichzeitigem Druck in Europa zunehmend an Bedeutung für die Muslime.

Insgesamt bringen all diese Entwicklungen in Europa neue Fragen hervor, mit denen sich eine neue europäische muslimische Generation in ihrer eigenen Sprache mit neuen Aspekten zum Islam, mit neuen Theologen und neuen Fatwa-Zentren beschäftigt.

Sowohl Befürworter als auch Gegner der Ausstrahlung des Films

Zaman, 19.09.2012, S. 5

In Deutschland wird über ein Verbot des Films „Die Unschuld der Muslime“ diskutiert.

Der KRM und der ZMD unterstützen das Verbot. Der Liberal Islamische Bund mit der Vorsitzenden Lamyia Kaddor und der Islamwissenschaftler Rauf Ceylan sprachen sich hingegen gegen ein Verbot des Films aus.

In der deutschen Presse war zu lesen, dass die muslimischen Verbände nicht eins sind über ein Verbot. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und der Bundesinnenminister Hans Peter Friedrich (CSU) erklärten, dass sie nach Wegen für ein Ausstrahlungsverbot suchen werden.

Die Politiker betonten, dass sie dadurch den sozialen Frieden gewahrt gesehen. Dieser Beschluss löste unter den Muslimen in Deutschland Zufriedenheit aus.

In Deutschland versuchen radikale Gruppierungen wie „Pro Deutschland“ den Film für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen. Dieselbe Instrumentalisierung durch radikale Gruppierungen findet in islamischen Ländern statt, wo zu Angriffen auf westliche Botschaften aufgerufen wird.

Pro Deutschland plant, den Film in Berlin zu zeigen.

Während dessen wurde die Einreise des US-amerikanischen evangelikalen Pastors Terry Jones, der den Koran öffentlich verbrannte, nach Deutschland verboten. In der muslimischen Bevölkerung in Deutschland wurde diese Entscheidung mit großer Zustimmung begrüßt. Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland hat in einer Presseerklärung die Unterstützung des ZMD für ein Verbot zum Ausdruck gebracht.

Mazyek erklärte, dass der Film gotteslästernd und verachtend ist.

Ali Kızılkaya vom KRM erklärte: „Der Film ist Ausdruck einer tiefen Verachtung“. Seines Erachtens ist der Film nicht Ausdruck von Meinungs- und Gedankenfreiheit.

Ceylan: Ein Verbot wertet den Film unverhältnismäßig auf

Der an der Universität Osnabrück lehrende Islamwissenschaftler Prof. Dr. Rauf Ceylan erklärte

der Saarbrücker Zeitung gegenüber, dass ein Verbot übertrieben ist:

„Dadurch wird der Film deutlich aufgewertet“, so Ceylan.

Das unterschiedliche Meinungsspektrum der Muslime und der islamischen Verbände fand auch in der deutschen Presse sein Echo. So wird auf Spiegel Online folgendes berichtet: „Die Muslime sind uneins über ein Verbot der Ausstrahlung des Hass-Filmes.“

Der Kölner Stadt Anzeiger titelte „Die muslimischen Verbände debattieren über das Verbot“ und die Welt Online erklärte:

„Die Muslime warnen vor einem Straßenkampf. Der ZMD befürchtet die Gefährdung des öffentlichen und sozialen Friedens. Es gibt jedoch auch andere Stimmen neben dieser: Während der ZMD und der KRM ein Verbot befürworten, lehnt der LIB ein Verbot ab.“

Kaddor: Ein Verbot facht die Islamfeindlichkeit an

Die Vorsitzende des Liberal Islamischen Bundes Lamyia Kaddor stellt sich gegen ein Verbot der Ausstrahlung des Films: „Je mehr über ein Verbot diskutiert wird, desto mehr werden die Inhalte tabuisiert“. Kaddor erklärte in der Tageszeitung, dass ein Verbot höchstwahrscheinlich zu einer weiteren Anfachung der Islamfeindlichkeit in Deutschland beitragen würde.

Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.